



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über die
9. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 04.11.2020
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Nils Bassen
Abg. Jens Behrens
Abg. Kurt Buck
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Gerhard Holsten
Abg. Ursula Hoppe
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Klaus Manal
Abg. Gerhard Oetjen
Abg. Frank Peters
Abg. Dr. Klaus Rinck
Abg. Bernd Sievert
Abg. Rainer Sommermann

Vertretung für Abgeordneten Klaus Brodersen

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
Herr Sven Höhl (Dez. I)
Herr Axel Bolz (Amt 20)
Herr Rainer Bruns (Amt 20)
Frau Annette Panzer (Amt 20)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Klaus Brodersen

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses am 04.12.2019
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Einbringung Haushaltsplan 2021
Vorlage: 2016-21/1068
- 6 Jahresabschluss 2019
 - a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2019 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
 - b) Entlastung des Landrates
 - c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2019Vorlage: 2016-21/1072
- 7 Gesamtabschluss 2018
Vorlage: 2016-21/1069
- 8 Gesamtabschlüsse ab 2019: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG
Vorlage: 2016-21/1070
- 9 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 10 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Lienau eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Mitglieder des Finanzausschusses, die Vertreter der Verwaltung sowie der örtlichen Presse. **Vorsitzender Lienau** stellt fest, dass der Finanzausschuss nach ordnungsgemäßer Ladung beschlussfähig ist.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorgenannter Reihenfolge festgestellt.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Finanzausschusses am 04.12.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Landrat Luttmann teilt mit, dass er keine Berichte vorzutragen habe.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Einbringung Haushaltsplan 2021**
Vorlage: 2016-21/1068

Kreisrat Höhl erläutert zunächst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Aufstellung des Kreishaushaltes 2021 wie Bruttoinlandsprodukt sowie das Ergebnis der Interims-Steuer-schätzung vom September 2020, die Steuermindereinnahmen von insgesamt etwa 83 Mrd. € prognostizierte. Jetzt gelte es abzuwarten, wie die November-Schätzung ausfalle.

Der Überschuss der Ergebnisrechnung des laufenden Haushaltsjahres 2020 werde voraussichtlich um etwa 16 Mio. € höher ausfallen als veranschlagt. Das sei insbesondere u.a. durch höhere Finanzausgleichseinnahmen, Baugenehmigungsgebühren sowie gestiegener Bundesbeteiligung an den Kosten der KDU begründet. Des Weiteren seien die Kosten für den Defizitausgleich der OsteMed, für die Jugendhilfe und für Personal nicht in der erwarteten Höhe zu leisten. Eine Kreditaufnahme werde entgegen der Planung voraussichtlich nicht erforderlich mit der Folge, dass eine Entschuldung in Höhe der Tilgung möglich sei.

Kreisrat Höhl erläutert die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Einnahmen von Bund, Land und Kommunen. Bei Bund und Land sei mit erheblichen Einnahmeverlusten zu rechnen; beim Landkreis Rotenburg (W.) sei noch kein Einbruch der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im Jobcenter sei entgegen den Erwartungen auf einem Tiefststand. Für Beschaffungen u.ä. im Rahmen der Pandemie-Bewältigung habe man bisher etwa 1 Mio. € ausgegeben.

Zur Abfederung der kommunalen Mindereinnahmen haben Bund und Land „kommunale Rettungsschirme“ beschlossen, wonach Ausgleichszahlungen an die Kommunen geleistet werden wie z.B. Ausgleich für Gewerbesteuermindereinnahmen. Da der Landkreis von den Mindereinnahmen durch die Pandemie weniger betroffen sei als die Gemeinden, beabsichtigt der Landkreis die Gemeinden zu unterstützen und zwar mit einem Ausgleich des gesunkenen Anteils an der Einkommensteuer sowie einer weiteren Investitionsförderung des Ausbaus von Kindertagesstätten. Insgesamt solle dies Paket bis zu 8 Mio. € betragen und noch im Jahr 2020 dem Kreistag vorgelegt werden.

Auch im Haushaltsjahr 2021 sollen die Kommunen entlastet werden, und zwar durch Senkung der Kreisumlage um 0,5 v.H. der Umlagegrundlagen sowie einer Erhöhung der Kita-Betriebskostenförderung über die gemäß Vereinbarung erforderliche Anhebung von 800 T€ hinaus von 1 Mio. €. Dies mache etwa 2 Mio. € aus. **Kreisrat Höhl** erläutert die wesentlichen Punkte der einzelnen Teilhaushalte des Ergebnishaushaltes. Dank der gestiegenen Steuerkraft kann der Umlagesatz gesenkt werden und die Einnahmen aus der Kreisumlage steigen dennoch.

Der Anteil der Personal- und Vorsorgeaufwendungen an den Gesamtaufwendungen bleibt weiterhin auf dem Niveau der Vorjahre; die von den Tarifparteien vereinbarten Steigerungen für Beschäftigte sowie die Besoldungserhöhungen für Beamte sind in den Haushalt aufgenommen worden.

Die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung nehmen weiter zu. Seit 2011 sind sie um 11,7 Mio. € gestiegen, was einem Zuwachs von 290 % entspricht. Das liege nicht nur an der Anzahl der Kinder, sondern auch an der Zunahme der Betreuungszeiten.

Die freiwilligen Leistungen liegen mit rund 3 % des Ergebnishaushaltes in einem vertretbaren Maß. Die vorliegenden Anträge werden den Fachausschüssen zur Beratung vorgelegt.

Die Ausgaben für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden im Jahr 2021 mit geplanten 61,4 Mio. € ein Rekordhoch erreichen. Der größte Anteil davon entfalle auf den Bereich Schulbau (Neubau von Gymnasium und BBS in Bremervörde). Neben den veranschlagten Auszahlungen für Investitionen seien auch noch sehr hohe Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt (ca. 148,5 Mio. €). Dadurch werde die Verwaltung in die Lage versetzt, vertragliche Verpflichtungen einzugehen, aus denen sich Auszahlungen in künftigen Haushaltsjahren ergäben.

Die Finanzierung der Investitionen erfolge in 2021 durch Zuschüsse, Einzahlungsüberschüssen aus Verwaltungstätigkeit, durch Kreditaufnahmen sowie Inanspruchnahme vorhandener Liquidität in Höhe von 20 Mio. €.

Es werde mit einem Anstieg der Landkreisverschuldung auf etwa 36 Mio. € zum Ende 2021 gerechnet.

Für die Zukunft ist die Entwicklung des Personalaufwands und der freiwilligen Leistungen im Blick zu behalten. Die Aufgabe der Sanierung der Moorstraßen bleibt auf der Agenda. Die Schulden werden in den kommenden Jahren aufgrund erheblicher Investitionen in den Bereichen Krankenhaus, Breitband und Schulen deutlich steigen.

(Die Graphiken zum Vortrag von Kreisrat Höhl sind im Sitzungsdienstprogramm hinterlegt.)

Vorsitzender Lienau dankt Kreisrat Höhl für übersichtlichen Darstellungen und Ausführungen. Wortmeldungen liegen nicht vor, so dass der Vorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung bringt.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsplanes 2021 (Stand 23.10.2020) zur Kenntnis und verweist ihn in die Fachausschüsse zur weiteren Beratung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Jahresabschluss 2019**
a) Beschluss über die Jahresabschlüsse 2019 des Landkreises und der Nettoregiebetriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst
b) Entlastung des Landrates
c) Beschluss über die Ergebnisverwendung der Jahresergebnisse 2019
Vorlage: 2016-21/1072

Kämmerer Bolz gibt einen kurzen Überblick über den Jahresabschluss 2019 des Landkreises und zeigt auf, welche Teilhaushalte zu der Ergebnisverbesserung beigetragen haben. Er erläutert die wesentlichen Punkte der Bilanz zum 31.12.2019.

Abg. Holsten berichtet von der am Vormittag stattgefundenen Sitzung des Prüfungsausschusses. Die Jahresabschlüsse und Prüfungsberichte mit der entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung seien durchgegangen worden. Sofern sich weitere Fragen ergeben hätten, seien diese von der Verwaltung erläutert worden. Er bitte daher namens des Prüfungsausschusses, der Vorlage zuzustimmen und den Landrat aus der Haushaltsführung zu entlasten.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende Lienau** über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

- a) **Beschluss über den Jahresabschluss:**
Der Jahresabschluss des Landkreises Rotenburg (Wümme), der Nettoeregietriebe Abfallwirtschaft und Rettungsdienst wird in der vorgelegten Form festgestellt und beschlossen.

- b) **Entlastung des Landrates:**
Der Kreistag beschließt gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG dem Landrat bezüglich der Haushaltsführung 2019 die Entlastung zu erteilen.

- c) **Beschluss über die Ergebnisverwendung:**
Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 21.439.207,96 € wird der ordentlichen Überschussrücklage zugeführt. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 111.939,46 € wird der außerordentlichen Überschussrücklage zugeführt.
Der Jahresabschluss des Nettoeregietriebes Rettungsdienst schließt im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis von 411.461,04 € ab. Das außerordentliche Ergebnis von 20.750,75 € wird zur teilweisen Deckung des ordentlichen Ergebnisses verwendet. Der verbleibende Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 390.710,29 € wird mit der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses gedeckt.
Der Jahresabschluss des Nettoeregietriebes Abfallwirtschaft schließt im Ergebnishaushalt mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 545.102,49 € ab. Dieses wird zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages der Vorjahre im ordentlichen Ergebnis verwendet. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 130,00 € wird zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages der Vorjahre im ordentlichen Ergebnis verwendet. Es verbleibt ein Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von 376.221,57 €, der mit den geplanten Überschüssen der nächsten Jahre ausgeglichen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Gesamtabschluss 2018**
Vorlage: 2016-21/1069

Abg. Holsten erklärt, auch in diesem Punkt sei der Prüfungsausschuss einstimmig der Vorlage gefolgt und bittet den Finanzausschuss gleiches zu tun.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der Gesamtabschluss 2018 wird in der vorliegenden Form festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Gesamtabschlüsse ab 2019: Befreiung von der Aufstellungspflicht gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG**
Vorlage: 2016-21/1070

Kämmerer Bolz erläutert den Sachverhalt. Das Ergebnis, dass die Jahresabschlüsse der drei verbundenen bzw. assoziierten Aufgabenträger nach den Vorgaben des MI von untergeordneter Bedeutung seien, wird auch vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises geteilt. Daher sollte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, auf die Aufstellung von Gesamtabschlüssen zu verzichten.

Abg. Holsten erklärt, auch der Prüfungsausschuss habe sich dieser Meinung angeschlossen und der Finanzausschuss sollte dies ebenfalls tun.

Vorsitzender Lienau bittet um Abstimmung.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die Abschlüsse der verbundenen und assoziierten Aufgabenträger sind für ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowohl einzeln als auch in ihrer Gesamtheit von untergeordneter Bedeutung. Die Möglichkeit einer Befreiung von der Aufstellungspflicht eines Gesamtabschlusses wird für die Jahre ab 2019 gemäß § 128 Abs. 4 Satz 4 NKomVG in Anspruch genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 10 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Da weder für den öffentlichen noch für den nichtöffentlichen Teil Anfragen vorliegen, schließt der **Vorsitzende Lienau** die Sitzung um 15.55 Uhr.

gez. Lienau

Vorsitzender

gez. Luttmann

Landrat

gez. Panzer

Protokollführerin